

Abschaffung des Straftatbestandes der Beförderungerschleichung (§ 265a StGB)

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und in der Bürgerschaft sowie unsere Vertreter*innen im Bundestag auf, sich für die Abschaffung des Tatbestandes der

- 5 Beförderungerschleichung aus dem § 265a StGB einzusetzen. Es ist zu prüfen, welche Sanktionsmöglichkeit an seine Stelle treten soll, die keine Ersatzfreiheitsstrafe beinhaltet.“

Zusätzlich fordern wir die sozialdemokratischen Repräsentant*innen im Senat und in der Bürgerschaft auf, sich dafür einzusetzen, dass Delikte, die unter den Tatbestand des § 265a

- 10 StGB fallen, nicht mehr von den kommunalen Verkehrsbetrieben als solche strafrechtlich verfolgt werden können.

Unser langfristiges Ziel bleibt weiterhin der fahrscheinlose ÖPNV.